

## „Operative Solidarität“ aller Mitgliedstaaten bei der Sicherung der EU-Grenzen – Abwehr von Flucht und Migration?

Seit 2005 ist die Agentur FRONTEX für die „operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union“ zuständig. 2007 wurde zusätzlich eine Verordnung des Rats und des Europaparlaments zur Bildung von 167 Teams zum Soforteinsatz und zur Schaffung weiterer Mechanismen der Grenzsicherung erlassen. Das FRONTEX-Budget – 2005 mit 6,3 Mio. Euro angesetzt - wurde fortlaufend aufgestockt. Im vergangenen Jahr erreichte es mit mehr als 70 Mio. Euro den elffachen Betrag.

Flüchtlingsboote werden im Zuge von FRONTEX-Einsätzen bereits in internationalen Gewässern aufgebracht. Die Insassen werden als „illegale Migranten“ angesehen. Das Recht, einen Asylantrag zu stellen, wird ihnen a priori nicht zugestanden. Um Kontrollen zu umgehen, riskieren Flüchtlinge und Migranten zunehmend gefährlichere Fluchtwege nach Europa und verlieren häufig ihr Leben.

Allein 2006 bezifferte die Regionalregierung der kanarischen Inseln die Zahl der Ertrunkenen und Verhungerten mit 6000. Hilfsorganisationen gehen davon aus, dass die Zahlen für 2007 und 2008 deutlich höher ausfallen. Seit Januar dieses Jahres sind bereits über 800 Todesfälle bekannt geworden. Die Einsätze der FRONTEX und die Praxis der einzelnen Einheiten auf hoher See entziehen sich jeder Kontrolle. Es ist aber ohnehin fraglich, ob die demokratische Kontrolle dieser Agentur allein aufgrund eines von FRONTEX-Mitarbeitern erstellten Bericht, gewährleistet ist.

Die Verplombung der Fluchtwege nach Europa verstößt gegen die Menschenrechte und alle Flüchtlingskonventionen. Zuwanderungsprobleme werden auf diese Weise nicht gelöst. UN-Schätzungen gehen davon aus, dass 2008 über 67 000 Bootsflüchtlinge in Europa landeten, 60 Prozent mehr als im Vorjahr. Inhumane Lösungsansätze, überfüllte Aufnahmelager – wie wollen die 27 Mitglieder der EU ihre Glaubwürdigkeit in Sachen Menschenrechte und Demokratie angesichts dieser Fakten international aufrecht erhalten?

### Unsere Fragen:

1. Das internationale Recht fordert, Flüchtlingen den gefahrenfreien Zugang zu jedem staatlichen Territorium also auch zum Territorium der EU offen zu halten und ein faires Asylverfahren zu gewährleisten. Was wollen Sie zur Umsetzung dieser Maßgabe in der nächsten Legislaturperiode tun?
  2. Die EU-Menschenrechts- und anderen Konventionen untersagen jegliche Kooperation mit Drittstaaten, in denen die Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht geachtet werden. Wie bewerten Sie die FRONTEX-Praxis, zur Sicherung der Grenzen mit Drittstaaten wie z. B. Libyen, Marokko oder Algerien zu kooperieren, die weder rechtsstaatlich noch demokratisch verfasst sind und von denen bekannt ist, dass sie die Menschenrechte nicht achten? Was werden Sie tun, um den diesbezüglichen EU-eigenen Rechtsgrundlagen Geltung zu verschaffen?
  3. Wie werden Sie darauf hinwirken, dass Grenzschützerinnen und Grenzschützer auch außerhalb des Territoriums darauf verpflichtet werden, geltendes EU – und internationales Recht einzuhalten und ausschließlich Mittel und Verfahrensweisen anzuwenden, die im Einklang mit dem System der Menschenrechte stehen?
-

4. Was gedenken Sie in Bezug auf die mit FRONTEX verbundenen Defizite der demokratischen Kontrolle und Transparenz zu unternehmen?

## **Anregungen für die kommende Legislaturperiode:**

Das Flüchtlingsdrama Ende März vor der libyschen Küste machte deutlich, dass ein grundlegender Wandel im Agieren der EU vor ihren Küsten unverzichtbar ist.

Eine auf Kontrolle und Abwehr unerwünschter Migration gerichtete Politik kann die Migration letztlich nicht verhindern.

Eine Liberalisierung der EU-Einwanderungspolitik, die Stärkung von Seenotrettungsdiensten und Aufnahmeprogrammen (Resettlement) für schutzbedürftige Flüchtlinge können dagegen eine solche Wende herbeiführen.